

Im Gespräch mit Joachim Götz

Widerstand gegen Braunkohle hat me Bewusstsein geprägt

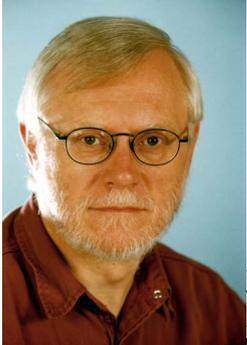


Foto: privat

Der Kampf gegen den Braunkohleabbau und für den Erhalt des Hambacher Waldes steht wie kein anderes Symbol für die verfehlte Klimaschutzpolitik Deutschlands. Statt forciert die Energiewende voranzutreiben, setzt man weiter auf die naturzerstörende und besonders klimaschädliche Verstromung der Braunkohle. Gewissermaßen ein Mann aus den ersten Tagen des Widerstandes ist Joachim Götz, der viele Jahre Vorsitzender des BUND im Saarland war. Und danach hat er zusammen mit weiteren Mitstreitern die Bürgerenergiegenossenschaft (BEG) Bliesgau aufgebaut. Damals wie heute hat er gegen den Braunkohletagebau demonstriert. Ein Widerstand, der auch sein umweltpolitisches Bewusstsein geprägt hat.

? Du hast Dich schon während Deiner Studentenzzeit in den 70er Jahren gegen den Braunkohletagebau in Hambach engagiert? Wie war denn das damals? Was hat Dich bewegt?

! In den 70er Jahren war ich an der Fachhochschule Jülich für ein Ingenieurstudium, das ich 1975 abgeschlossen habe. 1973 hatte damals die Firma Rheinbraun (100%ige Tochter der RWE) ihre Pläne zum Abbau der Braunkohle unter dem Hambacher Forst östlich von Jülich vorgestellt und ihre Pläne im Kreistag Düren behandeln lassen. Wir waren damals eine überschaubare Gruppe von Studenten und Einheimischen, die sich mit den zugänglichen Unterlagen auseinandergesetzt hatten.

Betroffen gemacht hatte uns die gigantische Größe des Projektes mit den zu erwartenden Schäden. Hier nur einige Sachverhalte: Es war ein sehr großer historischer Wald, der geopfert werden sollte, im ganzen Abbaubereich musste der Grundwasserpegel auf 600 m Tiefe abgesenkt und das gute Grundwasser sollte in die Flüsse abgeleitet werden. Das hatte natürlich auch weiträumige Auswirkungen zur Folge wie Trockenfallen von Gewässern in der näheren Umgebung und Geländeabsenkungen und dadurch bedingten Häuserschäden. Es mussten einige Dörfer aufgegeben werden, da die Häuser samt Kirchen und Friedhöfen weggebaggert werden sollten. Das erste Dorf war Lich-Steinstraß mit ca. 1.500 Einwohnern. Bis heute sind durch den Hambacher Tagebau ca. 100.000 Menschen auch durch zwangsweise Umsiedelung betroffen.

Als Techniker wurde mir damals schon klar, dass man nicht alles machen darf, was möglich ist. Obwohl in den 70er Jahren die Umweltbewegung noch wenig entwickelt war, hat diese Erfahrung bei mir das umweltpolitische Bewusstsein aber so geprägt, dass ich mich insbesondere mit dem Entstehen von umweltpolitischen Organisationen dort so engagiert habe, dass ich u. a. als langjähriger Landesvorsitzender des BUND Saarland tätig wurde.

? Du warst jetzt auch wieder bei der großen Demo in Hambach dabei. Warum war und ist es so wichtig, gegen die Abholzung des letzten Restes des Hambacher Forstes zu kämpfen?

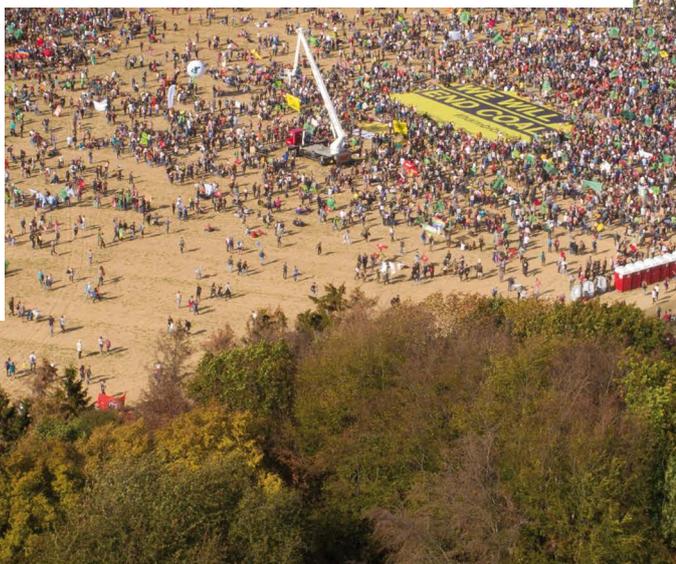


Foto: Joachim Götz

Ein Bagger trägt die oberste Schicht nach dem Roden ab. Hier ist das große Loch noch nicht zu sehen.

! Leider ist bis heute der überwiegende Teil des ehemaligen großen Hambacher Forstes einem gigantischen Loch gewichen. Insofern müssen jetzt alle Kräfte aufgeboten werden, die übrig gebliebenen 30% des historischen Waldes auch für die Nachwelt zu erhalten. Wenn andersorts für einzelne Pflanzen oder Tiere mit erheblichem Engagement einzelne Maßnahmen verhindert werden, ist es doch absurd, wenn hier ein ganzes Gebiet platt gemacht wird und damit unwiederbringlich viele gewachsene Gesellschaften von Pflanzen und Tieren, die zusammen ein wichtiges Ökosystem bilden, zerstört werden.

Besonders gefreut haben mich die zahlreichen jungen Leute, die unseren Widerstand von damals beherzt weiterführen und das retten, was noch zu retten ist.



Demo am Hambacher Forst

in umweltpolitisches

? Kannst Du Unterschiede feststellen zwischen den Protesten von heute und damals?

! Wir waren damals eine kleine Gruppe von Studenten und Einheimischen, die in erster Linie versucht hatten, die Menschen in der Region aufzuklären und sie auch zum Widerspruch zu bewegen. Damals war RWE mit all seinen Töchtern ein Staat im Staate und konnte alle Entscheidungsträger für sich nutzen und auch alle Vorhaben genehmigen lassen.

Als kleine Gruppe hatten wir damals keine Umweltorganisation hinter uns und selbst waren wir zu unerfahren, ohne verwaltungsrechtliche oder organisatorische Kenntnisse. Eine erste (unangemeldete) Demonstration in Düren mit etwas mehr als 100 Teilnehmern war eher bescheiden, wurde aber damals auch schon mit Polizeikräften bekämpft.

Durch die Gründung von Umweltverbänden und die größere Sensibilität in der Wahrnehmung der mit dem Braunkohletagebau verbundenen Schäden musste der Widerstand mit der Zeit größer werden und hat zuletzt als bisheriger Höhepunkt zu der großen Demonstration „Hambi bleibt“ geführt.

? Wie empfindest Du die Rolle der Politik bei dieser Auseinandersetzung auch im Vergleich zu den 70er Jahren?

! In den 70er Jahren gab es zwar schon Hinweise auf die Auswirkungen auf die Umwelt, für die Politik waren das aber keine Gesichtspunkte, die eine Rolle spielten. Damals beherrschte die Diskussion eher die Frage, wie lange reicht der Kohlevorrat der Erde: 200 Jahre oder mehr. Klimapolitik oder die CO₂-Belastung mit den Auswirkungen interessierte die Politik noch nicht. Insofern hat die Politik sich leicht über alle Bedenken hinwegsetzen können. Das geht heute nicht mehr so einfach, zumal es mehr umweltrelevante Gesetze und rechtlich bindende Vorschriften gibt, die die Europäische Union und die Mitgliedstaaten erlassen haben. Als Beispiel sei nur die UVP-Pflicht genannt.

Inwieweit wir uns in Deutschland an bindendes Recht halten, ist nicht immer klar. Hier wird auch getrickst und ignoriert. Ich denke dabei z.B. an die Luftreinhaltung aus Verkehr und Industrie und auch an die Europäische Wasserrahmenrichtlinie.

Also sind die Methoden etwas anders, die Politik verhält sich jedoch nach wie vor nicht nachhaltig und ist mit allen Versprechungen bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht glaubwürdig.

Vielen Dank für das Gespräch.

Foto: BUND

Nachdem das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen am 5.10.2018 einem Eilantrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen das Land Nordrhein-Westfalen stattgegeben hatte, wonach der Hambacher Wald nicht gerodet werden darf und nachdem das Verwaltungsgericht Aachen das Verbot der Demo aufgehoben hatte, konnte die Großdemonstration der Initiative Buir für Buir, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), von Campact, Greenpeace und NaturFreunde Deutschlands wie geplant stattfinden.

Am 6.10.2018 demonstrieren 50.000 Menschen am Hambacher Wald friedlich für einen schnellen Kohleausstieg und gegen die Zerstörung des Waldes. Es ist die bislang größte Anti-Kohle-Demonstration im Rheinischen Revier. Wegen Staus und Überlastung der Bahn kam es zu Verzögerungen bei der Anreise. Noch bis zum späten Nachmittag kamen tausende Menschen am Wald an. Die Veranstalter der Großdemonstration forderten gemeinsam mit den Teilnehmern von der Bundesregierung einen zügigen Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle und von dem Energiekonzern RWE einen Komplettverzicht auf die geplante Rodung des Hambacher Waldes. Noch tags zuvor musste das Demo-Bündnis die Genehmigung für die Kundgebung mit einem Eilantrag gerichtlich einklagen. Die Demonstration verlief wie die überwiegende Mehrheit der Proteste rund um den Hambacher Wald friedlich, viele Familien mit Kindern waren gekommen. Bekannte Künstler*innen wie die Band Revolverheld unterstützten die Großdemonstration.

Auch online sprechen sich immer mehr Menschen für entschlossenen Klimaschutz und gegen die Abholzung des Waldes aus. Mehr als 800.000 Menschen unterstützen bereits den Online-Appell „Hambacher Wald: Retten statt roden“.

BUND-Vorsitzender Hubert Weiger: „Wir haben heute ein starkes Signal der Zivilgesellschaft für einen schnellen Kohleausstieg gesendet. Trotz aller Versuche von RWE und der NRW-Landesregierung, den Protest unmöglich zu machen, haben sich Tausende für mehr Klimaschutz stark gemacht. Jetzt gibt es ein Zeitfenster in der Kohlekommission, einen großen gesellschaftlichen Kompromiss für den schnellen Kohleausstieg und für zukunftsfähige Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu verhandeln.“ (red.)



Foto: Nick Jaussi/BUND